

Bundesrepublik Deutschland

JOSEF JANNING

„Inzwischen kann man guten Gewissens von der Europäisierung eines Bundeskanzlers sprechen.“¹ Dieser Befund des sensiblen Beobachters Gunter Hofmann, formuliert zum Auftakt einer Positionsbestimmung des „auswärtigen Kanzlers“² und seines Bundesministers des Auswärtigen, bringt auf den Punkt, was Analytiker wie journalistische Begleiter der deutschen Europapolitik in der zurückliegenden Periode miterlebt haben: Gerhard Schröder hat die Europapolitik als Ebene internationalen Handelns für sich entdeckt und er hat mit Geschick die sich ihm bietende Gestaltungslücke genutzt. Die Bedeutung des Vorgangs lässt sich in unterschiedliche Richtungen hin interpretieren – für die einen kehrt damit ein Stück Normalität ein, denn die zunehmende Steuerungsrolle des Europäischen Rates verlangt das Handeln des Regierungschefs, heiße der nun Kohl oder Schröder, für andere kommt der Wandel vom Innenpolitiker mit einem Repertoire lockerer Europa-Sprüche zum Finalitätsdenker hinter dem Leitantrag seines Parteivorstands zu Europa zu rasch, um glaubhaft zu sein. Wieder andere sehen die europäische Ebene in Schröders Politik eher als Mittel denn als Ziel – als Mittel der Disziplinierung des kleinen Koalitionspartners und des selbstbewussten Vizekanzlers Joschka Fischer. „Auch, und gerade in Sachen Europa, sieht sich der Kanzler als ‚Boss‘“, resümiert Hofmann und lässt offen, welche der möglichen Deutungen die größere Plausibilität aufweist. Eine Änderung der Zuständigkeitsverteilung in Sachen Europa – seit den Kontroversen zwischen Brentano und Erhardt in der Ära Adenauer ein wunder Punkt deutscher Europapolitik – strebt Schröder dabei nicht an; die Geschichte der „kleinen“ Koalitionen in Deutschland spricht dagegen.³

In der Rückschau auf die Zeit seit dem Sommer 2000, der französischen Präsidentschaft und der Regierungskonferenz zum Vertrag von Nizza sind drei Faktoren beziehungsweise Konstellationen für den Rollenwandel Schröders auszumachen:

- In den sensiblen Entscheidungsfragen der Europapolitik erbrachten die Anläufe zu einer deutsch-französischen Abstimmung nicht das nötige Maß strategischer Übereinstimmung. Sichtbar wurde der konzeptionelle Dissens etwa in der kritischen Reaktion des französischen Außenministers auf die Mai-Rede seines deutschen Kollegen und in der Formulierung der Kernpunkte für die nächste Reformphase 2004. Weder zur Finalität nach dem Modell Fischers noch zu Kompetenz- und Verfassungsfragen war ein gemeinsames Projekt zu erreichen. In dieser Lage trat Berlin nun allein zur Wahrung seiner Interessen und Positionen an – dies setzte die Präsenz und die Handlungsfähigkeit des Regierungschefs voraus.

Seine Autorität und Rolle im Dialog mit Präsident und Premier in der bilateralen Beziehung wie im Europäischen Rat ist durch niemanden zu ersetzen; dies hat Fischer gewünscht und gefördert, auch wenn es der eigenen Profilierung nicht eben zuträglich war.

- Ein zweiter Faktor der Europäisierung Schröders lag sicher in den Konstellationen europäischer Reformpolitik und der Verhandlungslage der Regierungskonferenz 2000. Je deutlicher es wurde, dass die scheinbar technischen Fragen europapolitischer Entscheidungsprozeduren in Wirklichkeit Machtfragen waren, desto unwahrscheinlicher wurde eine Klärung dieser Fragen unterhalb der Ebene des Europäischen Rates. Nizza wurde zur Bühne Gerhard Schröders, der Dürftigkeit des gemeinsamen Verhandlungsergebnisses zum Trotz, und das Behagen des Kanzlers an seiner europapolitischen Gestaltungsrolle war mit Händen zu greifen – etwa in der abschließenden Pressekonferenz, die Fischer mit sorgenvoll zerfurchter Miene schweigend begleitete, wo doch zuvor jede seiner eigenen Presse-Briefings Kabinettstücke des politischen Entertainment gewesen waren.
- Ein dritter Impuls für die europapolitische Dimension der Politik Gerhard Schröders ist schließlich aus der innenpolitischen Diskussionslage zur Europapolitik entstanden. Die Forderungen der deutschen Ministerpräsidenten, insbesondere ihr einstimmig gefasstes Junktim zwischen Kompetenzabgrenzung einerseits und Akzeptanz des Verhandlungsergebnisses der Regierungskonferenz andererseits, schoben den Bundeskanzler gewissermaßen in seine Lieblingsposition: die des Vermittlers zwischen unterschiedlichen Teilinteressen im Namen und zum Nutzen des Ganzen. In geschickter Mischung von Vertretung der Länderinteressen in Reden und Interviews nach außen und direktem Zugehen auf die Schlüsselländer in Deutschland unabhängig von der parteipolitischen Farbe der jeweiligen Ministerpräsidenten gelang Schröder die Inszenierung des Ausgleichs zwischen den Verhandlungsinteressen der Bundesregierung und den Statusinteressen der Länder. Die Auflösung des Junktims vor Nizza und die Zustimmung der Meinungsführer unter den Länder-Regierungschefs zum Verhandlungsergebnis der Bundesregierung war das Ergebnis Schröders, die Durchsetzung der Schlussklärung gegen einen unwilligen französischen Vorsitz dagegen die Leistung Fischers und seines Teams aus dem Auswärtigen Amt.

Gleichzeitig hat Gerhard Schröder mit dem Entwurf des Leittrahgs „Verantwortung für Europa“ auch als Parteivorsitzender eine europapolitische Grundposition bezogen, die ihn zugleich engagierten Siegelbewahrer auch der traditionellen Bestandteile deutscher Europa-Konzeptionen ausweist. Nach innen wirkte der Entwurf konsenserzeugend, da klassische Positionen aus dem überparteilichen Europa-Konsens aufgenommen und neu formuliert wurden. Nach außen wurde der Leittrahg zugleich als markanter Beitrag zur Finalitätsdebatte wahrgenommen und entsprechend breit kommentiert – wobei die Kritik weder unwillkommen noch schädlich für das politische Ansehen Schröders in Deutschland war.

In der Summe hat sich die deutsche Europapolitik nach innen ein breites Polster der Übereinstimmung und des Respekts verschafft – so sehr, dass Versuche der parteipolitisch motivierten Defizitanalyse zumindest für die Integrationspolitik recht

bemüht erscheinen.⁴ Mancher Rivalität zum Trotz hat sich dabei das Doppel Schröder/Fischer gut ergänzt: Mehr als einmal hat der Außenminister im Bundestag den eher nüchternen Vortrag seines Regierungschefs so temperamentvoll ergänzt, dass bis in die Reihen der Opposition hinein „die Abgeordneten ihren Beifallsreflex nicht unterdrücken“ konnten.⁵

Der Vertrag von Nizza aus deutscher Sicht

Aus der Perspektive deutscher Europapolitik war die Regierungskonferenz 2000 und der Gipfel zum Vertrag von Nizza aus drei Gründen strategisch bedeutsam: Zum ersten zur Sicherung des Erweiterungsprozesses, da die institutionellen Reformen des Vertrags den nach dem Vertrag von Amsterdam formulierten belgisch-italienisch-französischen Vorbehalt ausräumen sollte. Zweitens war die deutsche Europapolitik überzeugt davon, dass eine Erweiterung die Verstärkung der institutionellen Handlungsfähigkeit nicht nur formal, sondern auch in der Sache erfordere. Drittens stand die Bundesregierung unter innenpolitischem Druck der Länder, die über die Parteigrenzen hinweg die Messlatte notwendiger Reformen höher gelegt hatten. Besonders brisant wurde für Schröders und Fischers Bewegungsmarge die Festlegung der Ministerpräsidenten, einen auch rechtlich verbindlichen Einstieg in die Kompetenzabgrenzung zwischen der europäischen Ebene und der Ebene der Mitgliedstaaten bzw. ihrer Gliederungen zu erreichen. Spätestens seit dem Sommer 2000 war das Thema Kompetenzabgrenzung zum Commonsense über die Parteigrenzen hinweg geworden. Vor Nizza wurde ein zuvor eher randständiges Thema in kurzer Zeit zur Selbstverständlichkeit. Umstritten blieb nur die Frage der Form: Galt anfangs noch ein Kompetenzkatalog als mögliche Lösung, so wurde diese Überlegung bald als inflexibel beiseite gelegt. In vielen der Begründungen zu einer Abgrenzung der Zuständigkeiten finden sich gleichwohl noch immer listenartige idealtypische Beschreibungen von Zuständigkeitsverteilungen. 2001 belebte ein neues Zauberwort die Kompetenzdebatte in Deutschland: die Rückverlagerung von Zuständigkeiten. Was früher ein Tabubruch gewesen wäre – und noch heute in Frankreich als solcher gilt – wurde nun zum Spielmaterial der Innenpolitik: Die Perspektive eigener Zuständigkeiten in der Förderung der Landwirtschaft oder der Regionalpolitik erschien vor allem den Ministerpräsidenten viel versprechend. Auch diese Variante der Kompetenzdebatte entwickelte sich in kurzer Zeit zum Gegenstand breiter Übereinstimmung, so dass die Planungen für 2004 schon im Sommer 2001 von der Aufnahme der prinzipiellen Möglichkeit der Rückverlagerung in die künftigen Verträge ausgingen.

Bereits im Vorfeld des Gipfels von Nizza wurde jedoch erkennbar, dass im Rahmen der Regierungskonferenz keine Regelung der Kompetenzabgrenzung und ihrer Folgefragen möglich sein würde – mithin musste die Bundesregierung versuchen, das Junktim der Ministerpräsidenten frühzeitig aufzulösen. Die „Erklärung zur Zukunft der Union“ hat hier ihre Grundlage. Bereits deutlich vor dem Gipfel war die deutsche Europapolitik bestrebt, die Partner in Nizza auf die Weiterführung des Prozesses auf der Grundlage einer festgelegten Agenda zu verpflichten. Sowohl

Inhalt wie Zeitrahmen und grundsätzliches Verfahren des „Post-Nizza-Prozesses“ hatte die deutsche Europapolitik bereits vor Nizza öffentlich formuliert. Das Signal war bei den Ministerpräsidenten verstanden worden.

Die wesentlichen Reformziele der deutschen Europapolitik umriss die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag vom 28. November 2000.⁶ Unter dem Oberziel der dauerhaften Sicherung von „Effizienz, Legitimität und Transparenz“⁷ forderte Schröder eine „Integration mit starken Institutionen“ – sowohl in Bezug auf die Kommission wie auf das Parlament – sowie einen „handlungs- und beschlussfähigen Rat“. Im Einzelnen setzte sich die deutsche Europapolitik für die Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsentscheidung und der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments ein – deutsche Präferenz war bis zuletzt eine generelle Anwendung der Mehrheitsregel mit Ausnahme eng definierter Felder. In Verbindung damit wollte Deutschland die Stimmengewichtung im Rat, aber auch die Sitzverteilung im Europäischen Parlament, mit stärkerer „Rücksicht auf demographische Tatsachen“ korrigieren. Aus deutscher Sicht war sowohl eine doppelte Mehrheit als auch eine Neugewichtung akzeptabel; die Bundesregierung hatte die Partner jedoch wiederholt wissen lassen, dass bei einer Neugewichtung auch die Größendifferenz in der Bevölkerungszahl zwischen Deutschland und Frankreich oder Italien berücksichtigt werden solle. Skeptisch zeigte sich Schröder in seiner Regierungserklärung bereits in Bezug auf die Reformpräferenzen Deutschlands für die Kommission. Er wiederholte die Übereinstimmung mit Frankreich in der Frage einer Aufgaben bezogenen Größe der Kommission und den deutschen Vorschlag einer Rotation der Sitze unter den Mitgliedstaaten. In der Vereinfachung der verstärkten Zusammenarbeit zielte die deutsche Politik vor Nizza auf die Ausweitung der Anwendungsbereiche und die Ablösung der Einstimmigkeitsregel als Eintrittsmechanismus.

Aus deutscher Sicht liest sich die Bilanz des Erreichten nicht wesentlich anders als häufig: besser als kein Ergebnis, aber hinter den sachlich Erfordernissen und den politischen Erwartungen zurückbleibend; weitere Reformen erforderlich, aber diese nicht verhindernd. In einer Reihe von Anliegen hatte sich die deutsche Präferenz durchgesetzt – vor allem in der Reform der verstärkten Zusammenarbeit und der Formulierung des Post-Nizza-Prozesses. Vordergründig scheint dies auch für die Stimmengewichtung zu gelten: Für das Europäische Parlament wurde die Annäherung an eine stärker proportionale Vertretung erreicht, im Rat dagegen stehen der Verbesserung des Stimmgewichts der großen Mitgliedstaaten neue Mehrheitsklauseln gegenüber, die die Chance einiger großer Staaten, Mehrheitskoalitionen für ihre Anliegen zu erreichen, vermindern. Im Ergebnis wurde das Instrument der Mehrheitsentscheidung eher geschwächt als gestärkt, auch wenn ihr Anwendungsbereich weiter ausgedehnt werden konnte. In für Deutschland interessanten Bereichen wurde die Mehrheitsentscheidung nicht erreicht, etwa in der Steuerpolitik, oder aber – bei den Struktur- und Kohäsionsfonds bis 2013 – zeitlich gestreckt. Nicht durchgesetzt hat sich auch das Rotationsmodell für die Kommission – einer der Fälle, in denen strategischer Konsens zwischen Deutschland und Frankreich nicht zu erreichen war.

Angesichts dieser Bilanz liegt nahe, dass in der parlamentarischen Bewertung die Kritik der Opposition die alte Formel Rainer Barzels vom „so nicht“ wieder aufnahm. Europapolitische Akteure in Bundestag wie im Europäischen Parlament plädierten für eine Verweigerung der Ratifikation und eine Nachbesserung des Vertrags.⁸ In der Sache haben beispielsweise Elmar Broks Begründungen dieser Haltung parteiübergreifende Zustimmung gefunden, in der Strategie hat sich eine Verweigerungshaltung nicht durchgesetzt. Die Schwäche des Nizza-Gipfels wurde in Deutschland auch als Schwäche des Instruments der Regierungskonferenz bewertet. Diese Kritik für die Durchsetzung eines Konvents als zentrales Reformforum des Post-Nizza-Prozesses zu mobilisieren, schien vielen Parlamentariern der Opposition – den Mehrheitsfraktionen ohnehin – wichtiger als eine mögliche Verweigerung.⁹ Damit blieb nur die sensible Frage, ob die Ratifikation eine Zwei-Drittel-Mehrheit erfordere oder nicht. Die pragmatische Korrektur des Verfahrensweges durch die Europapolitiker aller Fraktionen im Frühsommer 2001 ist ein weiterer Beleg für den noch immer bestehenden Grundkonsens im Bundestag zu Europa.

Nizza und das Verhältnis zu Frankreich

Der Gipfel von Nizza legte zugleich tiefere Positions- und Konstellationsverschiebungen unter den Mitgliedstaaten, nicht zuletzt zwischen Deutschland und Frankreich offen. Keiner der großen Gipfel der neunziger Jahre war durch ein ähnlich geringes Maß deutsch-französischer Übereinstimmung gekennzeichnet: jeder für sich, Frankreich mit einer schwindenden Autorität der Präsidentschaft, Deutschland, in wechselnden Koalitionen, die eigenen Interessen vertretend. Dem Ergebnis haben die Eigenwege beider Schlüsselakteure, die auch zahlreiche bilaterale Abstimmungstermine nicht verhindern konnten, wohl nicht gedient. Die französische Präsidentschaft erinnerte in Nizza bisweilen an die markante Charakterisierung des niederländischen Schriftstellers Harry Mulisch, der aus anderem Anlass vom „beinahe autistischen Frankreich“¹⁰ sprach. Die deutsche Taktik in der Frage der Stimmengewichtung erschien demgegenüber bisweilen ‚geschichtsvergessen‘, berücksichtigt man die ‚demographische Angst‘ in Frankreich. Wolf Lepenies urteilt mit Verweis auf die französischen Debatten des frühen wie späten 20. Jahrhunderts, es sei eine „Dummheit“, die aus den erwarteten Machtverschiebungen der EU-Erweiterung „in Paris entstandene Unsicherheit ausgerechnet durch den Rückgriff auf demographische Fakten zur Panik zu steigern“.¹¹ Wenn es die Absicht der deutschen Diplomatie war, in der Reform der Stimmengewichtung das Modell der doppelten Mehrheit durchzusetzen, indem Frankreich die eigene Präferenz durch die deutsche Forderung auf mehr Stimmen als für Frankreich unattraktiv gemacht werden sollte, so ist dieses Kalkül in Nizza nicht aufgegangen. Im Nachgang ist Nizza und die Rolle beider Staaten in Paris wie in Berlin kritisch bewertet worden. Die im Herbst 2000 häufig zu hörende Formel, man habe sich „darauf verständigt, sich zu einigen“,¹² ebenso wie „therapeutische Sitzungen“¹³ zur Krisenkontrolle, haben nicht ausgereicht. Bisher scheinen weder Konkurrenzlagen um die Führung in einer großen EU noch tiefgehende Divergenzen um das Zielbild der Integration

für die laufende Dekade ausgeschlossen.¹⁴ Nimmt man etwa die jüngsten Grundsatzpositionen Schröders und Jospins in der „Finalitätsdebatte“ zum Maßstab, so wird die Reichweite des konzeptionellen Unterschieds sichtbar: Hier eine EU mit Verfassung und Zwei-Kammer-System der Gesetzgebung, dort eine EU der Staaten mit starken Steuerungsinstrumenten der Regierungen – ein neu gefasstes Modell bundesstaatlicher Arbeitsteilung gegenüber einer intergouvernementalen Definition des gaullistischen „Europa der Vaterländer“.

Nebenstrecke: Binnenmarkt und Osterweiterung

In der Gesamtschau der Entwicklungen 2000/2001 überlagert die Reformdebatte die übrigen Themen deutscher Europapolitik deutlich. Das andere große Thema, aus dem leicht auch eine europäische Grundsatzdebatte hätte werden können, blieb in Reformansätzen auf europäischer Ebene stecken: BSE und die nachfolgende Verbreitung der Maul- und Klauenseuche. Schlagartig wurden die Grenzen der Solidarität in Europa deutlich; der unmittelbare Impuls in der öffentlichen Meinung zielte auf Abgrenzung. Zugleich wurde in der Öffentlichkeit der industrielle Charakter europäischer Landwirtschaft und das für die meisten Bürger überraschende Maß grenzüberschreitender Viehtransporte offenkundig. Einen Moment lang schien die deutsche Debatte konsequent auf eine Radikalreform der Gemeinsamen Agrarpolitik hinauszulaufen, doch Agrar- und Verbraucherministerin Renate Künast musste am Ratstisch in Brüssel die Beharrungskraft der EU-Integration erkennen; sobald der Höhepunkt der Krise überschritten schien, zerfaserte der Reformplan der versammelten Agrarminister. Im Sommer 2001 scheint die Blase einer grundlegend erneuerten Landwirtschaft für Europa definitiv geplatzt – das Thema überlebt europapolitisch in der Forderung nach Renationalisierung oder sogar der Regionalisierung agrarpolitischer Zuständigkeiten.

Andere Themen aus dem Bereich des Binnenmarkts, mit denen besondere deutsche Interessen verbunden sind, sorgten eher punktuell für Aufmerksamkeit. So die ebenso zähen wie komplizierten Auseinandersetzungen um die Stellung von Sparkassen und Landesbanken, die als Speerspitze der Debatte um die Daseinsvorsorge im Binnenmarkt 1999/2000 große Aufmerksamkeit gefunden hatten. Die auf deutscher Seite von Finanzstaatssekretär Caio Koch-Weser erzielte Einigung im Juli 2001 sieht eine fünfjährige Übergangsfrist in der Aufgabe der Gewährträgerhaftung vor. Verzögerungen ergeben sich jedoch aus der Wahrung nationaler Interessen. Deutschlands Präferenzen waren im zurückliegenden Jahr in mehreren Bereichen betroffen: in der Frage der Liberalisierung der Energiemärkte oder des Kapitalmarkts (wo es aus deutscher Sicht eine Relativierung des Finanzplatzes Frankfurts abzuwehren galt) oder in der Übernahmerrichtlinie, deren Scheitern im Europäischen Parlament Frucht eines intensiven Lobbying von deutscher Seite war.

Die wichtigste der Nebenstrecken deutscher Europapolitik des zurückliegenden Jahres bildet sicherlich die Osterweiterung. Nach Nizza und neben der Vorbereitung des Mandats und der Struktur der Reformrunde 2004 liegt hier das brisanteste Thema deutscher Europapolitik, denn die Zustimmung der Öffentlichkeit bleibt un-

sicher. Politische Unzufriedenheit in den – zumeist strukturschwachen – Grenzregionen Deutschlands kann leicht auf die Gesamtstimmung im Land durchschlagen, spezielle Themen aus den Verhandlungen, aber auch politische oder wirtschaftliche Veränderungen in den Kandidatenstaaten könnten schnell Thema populistischer Ablehnungsrhetorik werden.

Vor dem Hintergrund dieser Unsicherheiten hat das Interview, das Erweiterungskommissar Günter Verheugen Anfang September 2000 der Süddeutschen Zeitung gab, in Deutschland hohe Wellen geschlagen. Sein Gedankenspiel mit der Möglichkeit eines Referendums für Erweiterungsverträge hätte leicht zum Ventil der Unzufriedenheit werden können. In der Folgezeit betonten Stimmen aus Regierung wie Opposition die Aufgabe, die Ängste der Bürger ernst zu nehmen und zu überwinden, den Nutzen der Erweiterung zu vermitteln und eine Vermittlungsstrategie zu entwickeln.¹⁵ In diesem Sinn hat das Bundespresseamt 2001 seine Ressourcen europapolitischer Informationsarbeit schwerpunktmäßig auf das Thema der Erweiterung konzentriert und die Bewerbung der Euro-Einführung weitgehend der Europäischen Zentralbank und Bundesbank überlassen. Zudem wurde die Sommerreise des Bundeskanzlers 2001 gezielt auf Orte und Themen der Erweiterung ausgerichtet. Die Länder bemühten sich parallel, die Förderung der Grenzregionen im Osten durch die EU zu erhöhen – gewissermaßen als Investitionsprogramm gegen die Angst. Die dazu bis 2006 von der Kommission geplanten 245 Millionen Euro wurden unter den Länderregierungen scharf kritisiert.¹⁶ Auf bundespolitischer Ebene dominierte der erfolgreiche Vorstoß Gerhard Schröders die Debatte. Auf deutsches Drängen wird die Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus den kommenden EU-Neumitgliedern in einer gestaffelten siebenjährigen Übergangsperiode umgesetzt. Auf diese Weise könnten Brüssel und Berlin die Freizügigkeit nach Stimmungslage steuern, da die erste Überprüfung der Lage bereits zwei Jahre nach dem Beitritt erfolgt und sektorale Aufhebungen möglich sein sollen.

Ausblick: Deutschlands neues Leitbild für Europa

So manches Mal brachte die Europa-Debatte in Deutschland im vergangenen Jahr die alten Stichworte Thomas Manns in Erinnerung, in der vom „europäischen Deutschland“ anstelle eines „deutschen Europa“ die Rede ist. Zum europäischen Deutschland gehört heute, dies zeigen die Reden von Fischer und Rau, die Erklärungen des Kanzlers wie der Leitantrag der SPD, die Motorrolle im Nachdenken über die richtige politische Ordnung für die erweiterte EU. Als willkommene Beigabe daraus hat sich im letzten Jahr ein Nachfolger für das in der Spätphase der Regierung Kohl von diesem selbst abgelegten Leitbild des europäischen Bundesstaats gefunden. Es ist die Föderation der Nationalstaaten, in deren Beschreibung sich Elemente älterer und neuerer deutscher Überlegungen zu Europa verbinden. Aus dem Altbestand wurden herüber genommen: das Modell der zwei Gesetzgebungskammern, die Vorstellung der Kommission als Regierung mitsamt den Überlegungen zur Stärkung ihrer Legitimation sowie die Vorstellung von einer Verfassung für Europa. Neu sind die Betonung der Rolle der Staaten, deren Bestands-

und Bedeutungsgarantie über eine klare Kompetenzabgrenzung sowie die Suche nach einer Aufgabe für die nationalen Legitimationsinstanzen. Niemand scheint in dieser Debatte mehr eine besondere Erwartung in den Selbstlauf der Integration (spill over) zu hegen – konzeptioneller Konsens besteht in Deutschland, dass die Vollendung Europas Ergebnis eines Gestaltungsakts sein müsse, sei es in mehreren Schritten, sei es durch die Vorwegnahme durch einen Teil der Mitgliedstaaten zum Ende des Jahrzehnts.

Anmerkungen

- 1 Gunter Hofmann, Mehr Schröder, weniger Fischer, *Die Zeit*, 10.5. 2001, S. 10.
- 2 Der Spiegel, zitiert nach „Empfindlich bei Klimastörung“, *SZ*, 29.11. 2000, S. 3.
- 3 Siehe anschaulich zur aktuellen Abwägung des Für und Wider eines Europa-Ministers Eckart Lohse, Wer formuliert Deutschlands Europapolitik? *FAZ*, 12.6. 2001, S. 16.
- 4 Vgl. etwa Karl-Heinz Kamp, Die außenpolitische Halbzeitbilanz des Bundesregierung: Defizite und Anregungen, Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung, November 2000.
- 5 Mit Bezug auf die Debatte im Deutschen Bundestag am 28.11. 2000, „Empfindlich bei Klimastörung“, *SZ*, 29.11. 2000, S. 3.
- 6 Zur Entwicklung der deutschen Position im ersten Halbjahr der Regierungskonferenz siehe den Beitrag Bundesrepublik Deutschland in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der europäischen Integration 1999/2000*, Bonn 2000, S. 309-316..
- 7 Zitate im Folgenden aus: Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Europäischen Rat in Nizza vor dem Deutschen Bundestag am 28. November in Berlin, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 81-1, 28. 11. 2000.
- 8 Siehe etwa Helmut Haussmann, Nizza ist so nicht ratifizierungsfähig, *FAZ*, 31.1. 2001, S. 16; Elmar Brok, Der Vertrag von Nizza: Wird die EU handlungsunfähig? *FAZ*, 13.1. 2001, S. 11.
- 9 Siehe für viele andere die Position von Jürgen Meyer, Modell für eine europäische Verfassungsgebung? Der Konvent und die Charta, *FAZ*, 25.9. 2000, S. 9.
- 10 Harry Mulisch, Das Ewig-Nachbarschaftliche zieht uns hinan, *FAZ*, 24.11. 2000, S. 46.
- 11 Wolf Lepenies, Alles, was zählt. Vor dem Gipfel in Nizza: Deutschlands Machtspiele gegen Frankreich, *SZ*, 5.12. 2000, S. 17.
- 12 Als Beispiel für viele Belege: „Man hat sich verständigt, sich zu einigen“, *SZ*, 4.12. 2000, S. 7.
- 13 So die Bewertung des Treffens von Hannover bei Michael Inacker, Schröder und Chirac einig, dass sie sich in Nizza einigen werden, *Die Welt*, 4.12. 2000, S. 6.
- 14 Siehe dazu auch Joachim Schild, „Den Rhein vertiefen und erweitern“? Deutsch-französische Beziehungen nach dem Nizza-Gipfel, *Deutsch-Französisches Institut: Aktuelle Frankreich-Analysen*, Nr. 17, Februar 2001.
- 15 Siehe stellvertretend Gernot Erler, Stolpersteine auf dem Weg in die Zukunft, *FR* vom 7.9. 2000; Friedbert Pflüger, Weltpolitische Verantwortung. Die Erweiterung der EU, *FAZ*, 20.9. 2000, S. 15.
- 16 Vgl. Verheugen will Förderung der Grenzregionen nicht aufstocken, *FAZ* vom 25. Juli 2001, S. 13.

Weiterführende Literatur

- Bulmer, Simon u.a. (Hrsg.): *Germany's European diplomacy. Shaping the regional milieu*, Manchester 2000.
- Große-Hüttmann, Martin u. Michèle Knodt: Die Europäisierung des deutschen Föderalismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 52-53/2000, S. 31-38.
- Hyde-Price, Adrian: *Germany and European order. Enlarging NATO and the EU*, Manchester 2000.
- Knodt, Michèle u. Beate Kohler-Koch (Hrsg.): *Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung*, Frankfurt 2000.
- Pleuger, Gunter: Der Vertrag von Nizza: Gesamtbewertung der Ergebnisse, in: *integration* 1/2001, S. 1-7.
- Pflüger, Friedbert: Die fortschreitende europäische Integration und der Europaausschuss des Deutschen Bundestages, in: *integration* 4/00, S. 229-244.
- Sturm, Roland u. Heinrich Pehle: *Das neue deutsche Regierungssystem. Die Europäisierung von Institutionen, Entscheidungsprozessen und Politikfeldern*, Opladen 2001.